

Antrag 6/I/2021

SPD-OV Oststadt/Zoo

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ablehnung von TTIP, Ceta und TISA

1 Es möge der Landesparteitag der SPD Niedersachsen folgenden Beschluss fassen und diesen an den SPD-
2 Landes- und Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion, die niedersächsische Landesregierung und die SPD-
3 Landtagsfraktion für die Vorbereitung einer entsprechenden Bundesratsinitiative weiterleiten:

4 „Die SPD Niedersachsen lehnt die angestrebten Freihandelsabkommen zu 1. TTIP, 2. Ceta und 3. TISA ab und
5 fordert die Verantwortlichen dazu auf, diese Abkommen weder teilweise noch in Gänze zu unterzeichnen
6 und zu unterstützen.“

7

8 **Begründung**

9 Mit den geplanten Freihandelsabkommen sollen zugunsten der transatlantisch handelnden Unternehmen
10 tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut und den Unternehmen unter bestimmten Vor-
11 aussetzungen Schadensersatzansprüche gegenüber den Vertragsstaaten bzw. den Mitgliedsstaaten ein-
12 geräumt werden. Ferner sollen private Schiedsgerichte unter Ausschluss der Öffentlichkeit über diese An-
13 sprüche entscheiden.

14 Mit dem Abbau tarifärer Handelshemmnisse werden den transatlantisch agierenden Handelskonzernen
15 milliardenschwere Subventionen eingeräumt, deren nachfolgende Steuerausfälle (Zölle) von den
16 SteuerzahlerInnen auf beiden Seiten des Atlantiks auszugleichen sein werden.

17 Mit dem Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse wie etwa im Bereich des Verbraucherschutzes und des
18 Umweltschutzes führen die Abkommen Abstimmungsbedarfe zwischen den Vertragspartnern herbei mit
19 der Folge, dass die Verbesserung von Arbeitsschutz-, Umweltschutz- und Verbraucherschutzstandards in
20 Europa unter dem Genehmigungsvorbehalt Washingtons bzw. Ottawas steht.

21 Für eine Anhebung nordamerikanischer Arbeitnehmerschutz-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards
22 auf das europäische Niveau ist der Abschluss dieser Abkommen nicht erforderlich, lediglich die entspre-
23 chenden Mehrheitsbeschlüsse in den USA und Kanada.

24 Nicht nur die Einführung privater Schiedsgerichte steht im Widerspruch zur Gewaltenteilung nach euro-
25 päischer Tradition und zum Recht auf den gesetzlichen Richter nach Art. 101 Abs.1 GG, auch die Einführung
26 von Schadensersatzansprüchen gegen Vertragspartner bzw. Mitgliedsstaaten höhlt das Demokratieprinzip
27 nach Art. 20 GG aus, dadurch dass die Entschlussfreudigkeit demokratisch gewählter Entscheidungsträge-
28 rInnen durch die Pflicht zur Vermeidung von Schadensersatzansprüchen wesentlich eingetrübt wird.

29 Seit Jahrzehnten existiert bereits ein florierender transatlantischer Handel zwischen den USA bzw. Kanada
30 und den Mitgliedern der EU; so ist z.B. der deutsche Außenhandel und auch der Außenhandelsüberschuss
31 mit den USA auch ohne Abschluss weiterer Freihandelsabkommen auf neue Rekordhöhen gestiegen.

32 Von den Abkommen werden insbesondere die transatlantisch handelnden Handelskonzerne auf beiden
33 Seiten des Atlantiks profitieren und Marktanteile hinzugewinnen, während der kleine mittelständische
34 Handel, der sich auf die jeweiligen Volkswirtschaften konzentriert, dieselben Marktanteile und entspre-
35 chend viele Marktanteile verlieren wird.

36 Die SPD war immer dann stark, wenn sie an entscheidenden Weichenstellungen der Zeitgeschichte, in de-
37 nen für die Demokratie und die Freiheit wesentliche Gefahren drohen, sich zu einem unmissverständlichen
38 „Nein“ bekannt hat.

39

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlussfassung Landesparteirat 19.07.2014, 28.11.2015 und 23.11.2019 sowie Landesparteitag
14.04.2018